Stadt Sangerhausen

Stadtrat der Stadt Sangerhausen

Sangerhausen, 16.01.2020

Niederschrift der 5. Ratssitzung vom 14.11.2019

Ort:	Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33, 06526 Sangerhausen
Tag:	14.11.2019
Beginn:	16:00 Uhr
Ende:	20:35 Uhr
Anwesenheit:	Oberbürgermeister Herr Sven Strauß und 25 Stadträte

Herr Andreas Skrypek	CDU
Herr Volker Schachtel	CDU
Herr Holger Scholz	CDU
Frau Regina Stahlhacke	CDU
Herr Frank Wedekind	CDU
Herr Reinhard Windolph	CDU
Herr Harald Oster	BOS/FDP/BV
Frau Monika Rauhut	BOS/FDP/BV
Herr Tim Schultze	BOS/FDP/BV
Her Gerhard von Dehn-Rotfelser	BOS/FDP/BV
Herr Torsten Wagner	BOS/FDP/BV
Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.
Herr Stefan Klaube	DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.
Frau Karoline Spröte	DIE LINKE.
Herr Harald Koch	B.I.S.
Frau Käthe Milus	B.I.S.
Herr Klaus Peche	B.I.S.
Herr André Reick	B.I.S.
Herr Norbert Jung	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Arndt Kemesies	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Eberhard Nothmann	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Helmut Schmidt	SPD / DIE GRÜNEN
Frau Kati Völkel	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Andreas Gehlmann	AfD
Frau Ellen Siefke	AfD
Herr Nico Siefke	AfD
Herr Martin Thunert	AfD
Herr Andreas Wunderlich	AfD

entschuldigt fehlten:	Herr Frank Schmiedl	CDU	
	Herr Karsten Pille	BOS/FDP/BV	
	Herr Stefan Klaube	DIE LINKE.	
	Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.	
	Frau Gesine Liesong	B.I.S.	
verspätet erschienen:	Herr Nico Siefke	AfD	16:05 Uhr
	Frau Kati Völkel	SPD / DIE GRÜNEN	16:16 Uhr
	Herr Thomas Klaube	CDU	17:56 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Herr Andreas Wunderlich	AfD	19:01 Uhr
	Herr Eberhard Nothmann	SPD / DIE GRÜNEN	19:26 Uhr
	Herr Volker Schachtel	CDU	20:00 Uhr
	Herr Thomas Klaube	CDU	20:00 Uhr

sachkundige Einwohner:
Herr Vico Acker
Herr Alexander Dobert
Herr Uwe Görlich
Herr Günter Hagel
Herr Ralph Kujawski
Herr Christian Kokot
Herr Uwe Ostrowski
Frau Iris Reiche
Frau Katharina Ruschke
Frau Katrin Scheffel

Ortsbürgermeister:	Frau Sandra Biedermann	OT Horla
	Herr Daniel Maertens	OT Lengefeld
	Herr Bert Mrozik	OT Großleinungen

Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster	Fachbereichsleiter Finanz-und Personalverwaltung
	Herr Udo Michael	Fachbereichsleiter Bürgerservice
	Frau Maria Diebes	Fachbereichsleiterin Stadtentwicklung und Bauen
	Frau Annette Brenneiser	Leiterin Referat Organisation und Wahlen
	Herr Christian Lippert	SB Referat Organisation und Wahlen
	Frau Karin Schiller	SB Referat Organisation und Wahlen
	Frau Annika Wolff	SB Referat Organisation und Wahlen
	Frau Marina Becker	Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften

Tagungsleitung:	Herr Andreas Skrypek	Vorsitzender des Stadtrates

Tagesordnung gemäß Einladung:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

3. Genehmigung von Niederschriften

3.1 Genehmigung der 3. Niederschrift vom 22.08.2019

3.2 Genehmigung der 4. Niederschrift vom 26.09.2019
(werden nachgereicht)

4. Bericht des Oberbürgermeisters

5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

6.1 Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Sangerhausen

6.2 Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen und Auslagenersatz für ehrenamtlich tätige Bürger der Stadt Sangerhausen (Entschädigungssatzung) sowie Richtlinie der Stadt Sangerhausen über die Zuschüsse zur Fraktionsarbeit und deren Verwendung

6.3 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 "SO Photovoltaik Othaler Weg" der Stadt Sangerhausen

6.4 Aufstellungsbeschluss VEP Nr. 43
"Erweiterung Gewerbestandort Grabenweg" der Stadt Sangerhausen

6.5 Besetzung der Aufsichtsräte der Stadtwerke Sangerhausen GmbH (SWS), Kommunalen Bädergesellschaft Sangerhausen mbH (KBS) und der Sangerhäuser Erneuerbare Energie Service GmbH (SEES)

6.6 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 des KVG LSA für die Kreisumlage in Höhe von 915.305 €

6.7 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 der Stadt Sangerhausen

6.8 13. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen für die Haushaltsjahre 2010 bis 2025

6.9 Satzung über das Wahlverfahren zu den Elternvertretungen für die Kindertageseinrichtungen auf dem Gemeindegebiet der Stadt Sangerhausen

6.10 4. Satzung zur Änderung der Kostenbeitragssatzung über die Kostenbeiträge zur Benutzung der Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Sangerhausen - 2. Lesung und Beschlussfassung

6.11 Abschluss langfristiger Nutzungsverträge mit Vereinen

6.12 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen - 2. Lesung und Beschlussfassung

6.13 Bekenntnis des Stadtrates zum IPM

7. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung

7.1 Beteiligungsbericht auf der Grundlage der Jahresabschlüsse 2018 der kommunalen Unternehmen

8. Beratungsgegenstände in nicht öffentlicher Sitzung

8.1 Verpachtung einer Teilfläche des städtischen Flurstücks 263/1 der Flur 9 in der Gemarkung Sangerhausen als Caravan-Parkplatz

8.2 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz *(ohne Beschlussvorlage)*

9. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

29 Anwesende
Der Stadtrat ist beschlussfähig. Die Einladung sowie die Verhandlungsgegenstände wurden ordnungsgemäß versendet.

Vor der Beschlussfassung der Tagesordnung hat die Verwaltung 2 wichtige Informationen an die Stadträte.
- Frau Brenneiser

1.1 "Verzichtserklärung"

Erklärung Frau Brenneiser

Frau Brenneiser erläutert die Erklärung "Verzicht auf Zusendung von Tagesordnung und Niederschrift" gem. § 43 (4) KVG LSA. Ein gemeinsames Gespräch mit einigen Fraktionsvorsitzenden hat ergeben, dass die Stadtratsmitglieder schriftlich über Ausschüsse informiert werden, an denen sie nicht als Mitglied beteiligt sind. Die Tagesordnungen der Ausschüsse werden versendet, um der gesetzlichen Informationspflicht nachzukommen. Jedes Stadtratsmitglied hat das Recht, an jedem Ausschuss teilzunehmen, auch an den Ausschüssen, in welchen sie keine Mitglieder sind. Mittels des Formblattes kann allerdings, unter Wahrung der gesetzlichen Vorschriften, freiwillig auf die Zusendung der Tagesordnung sowie der Niederschriften verzichtet werden.

16:05 Uhr - Herr Siefke kommt.

1.2 Sitzungskalender

Erklärung Frau Brenneiser

Frau Brenneiser informiert über den Sitzungskalender 2020. Es wurde Kontakt zum Kreistagsbüro aufgenommen, um die Klausurberatung vom Kreistag 2020 terminlich abzustimmen. Das Kreistagsbüro plant die Klausur erst Mitte nächsten Jahres. Der Sitzungsplan vom Kreistag ist in Arbeit und soll in den nächsten Wochen online gestellt werden. Die Stadtverwaltung wird den bestehenden Sitzungsplan des Stadtrates zu Kenntnisnahme an das Kreistagsbüro versenden.

1.3 Auszeichnung Herr Peche

Aussprache Herr Skrypek, Stadtratsvorsitzender, Fraktion CDU

Herr Skrypek gratuliert im Namen des Stadtrates Herrn Peche zu seiner hohen Auszeichnung "Bundesverdienstkreuz am Bande".

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Skrypek

Die Verwaltung schlägt vor, den TOP

3.1 Genehmigung der Niederschrift der 3. Ratssitzung vom 22.08.2019
(konnte nicht rechtzeitig versandt werden)
3.2 Genehmigung der Niederschrift der 4. Ratssitzung vom 26.09.2019
(noch nicht fertiggestellt)

von der Tagesordnung **abzusetzen**.

Neuaufnahme von TOP

6.0 Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner nach §§ 41, 47 Abs. 1 und 49 KVG LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates

8.1 Verpachtung einer Teilfläche des städtischen Flurstücks 263/1 der Flur 9 in der Gemarkung Sangerhausen als Caravan-Parkplatz

wird vorgeschlagen**, in 1. Lesung zu beraten.**

**Für die Erfassung des Abstimmungsverhaltens ist heute Herr Christian Maximilian Lippert
zuständig.**

Antrag Herr Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

**Die Fraktion DIE LINKE. beantragt den TOP 6.10 4. Satzung zur Änderung der Kostenbeitragssatzung über die Kostenbeiträge zur Benutzung der Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Sangerhausen -
2. Lesung und Beschlussfassung sowie TOP 6.12 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen - 2. Lesung und Beschlussfassung vor
TOP 6.7 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 der Stadt Sangerhausen zu beraten. Die Abstimmungsergebnisse haben Auswirkungen auf den Haushalt 2020 und sollten somit vorab besprochen werden.**

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Ja-Stimmen	= 30
Nein-Stimmen	= 0
Stimmenenthaltungen	= 0

3. Genehmigung von Niederschriften

3.1 Genehmigung der 3. Niederschrift vom 22.08.2019

Wurde abgesetzt.

3.2 Genehmigung der 4. Niederschrift vom 26.09.2019

Wurde abgesetzt.

4. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht wurde vor der Sitzung verteilt.

16:15 Uhr - Frau Völkel kommt.

5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

6.0 Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner nach §§ 41, 47 Abs. 1 und 49 KVG LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates

- <u>Berufung:</u>

Herr Skrypek:

Nach § 49 (3) i.V.m. § 47 (1) KVG LSA schlagen die Fraktionen vor, folgende sachkundige Einwohner in die beratenden Ausschüsse zu berufen.

<u>Schul - und Sozialausschuss</u>:

- **CDU**: Alexander Dobert

<u>Schul - und Sozialausschuss</u>:

- SPD/ DIE GRÜNEN: Katharina Ruschke

****

Verpflichtungstext:

„Ich verpflichte Sie gemäß § 30 (3) des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen- Anhalt. Sie haben Ihre Aufgaben als sachkundige Einwohner zu erfüllen und sich an die Pflichten laut KVG LSA, §§ 32 und 33, zu halten.
Gemäß § 30 (3) KVG LSA sind die ehrenamtlich Tätigen auf die ihnen nach den §§ 32 und 33 obliegenden Pflichten sowie auf die Regelungen des § 34 hinzuweisen. Dieser Hinweis ist aktenkundig zu machen.

Ich stelle fest:
Die heute anwesenden neu gewählten sachkundigen Einwohner werden noch schriftlich über die einzuhaltenden Pflichten in Kenntnis gesetzt und werden die Kenntnisnahme durch ihre Unterschrift dokumentieren.
Nach Vorliegen der Verpflichtungserklärung ist die Verpflichtung gemäß § 30 (3) KVG LSA erfolgt und wird dokumentiert."

****

Abstimmung über die Berufung

Ja-Stimmen = 31
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

6.1 Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Sangerhausen

Begründung: Herr Schuster

Vor der Sitzung wurden Austauschseiten verteilt.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 7
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 2

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 7
Nein-Stimmen = 2
Stimmenenthaltungen = 1

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Nicht abgestimmt

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Nicht abgestimmt

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses

Nicht abgestimmt

Stellungnahme des Schul - und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Spröte, Vorsitzende des Ausschusses

Nicht abgestimmt

Die Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage mehrheitlich zu.

8 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu. (Gonna, Grillenberg, Lengefeld, Morungen, Obersdorf, Oberröblingen, Wettelrode und Wippra)
1 Ortschaftsrat enthielt sich der Abstimmung. (Breitenbach)

2 Ortschaftsräte stimmten gegen die Beschlussvorlage. (Großleinungen, Wolfsberg)
1 Ortschaftsrat stimmte nicht über die Beschlussvorlage ab. (Riestedt)

Von den Ortschaften Horla und Rotha lagen noch keine Ergebnisse vor.

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

Anfrage Herr von Dehn-Rotfelser, Fraktion BOS/FDP/BV

Herr von Dehn-Rotfelser fragt an, ob die Ortsbürgermeister in der Stadtratssitzung Fragen stellen dürfen bzw. mit diskutieren dürfen, da es zu diesem TOP noch offene Fragen gibt.

Herr Skrypek lässt die Anfrage des Ortsbürgermeisters zu.

Anfrage Herr Mrozik, Ortsbürgermeister Großleinungen

Herr Mrozik fragt, wie die Meinungen der Ortschaftsräte in den Ausschüssen und in den Fraktionen eingeflossen sind. Es könne nicht sein, dass sich die Ortschaftsräte Gedanken machen, diese aber unberücksichtigt blieben.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 30
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 1

Beschluss- Nr.: 1-5/19

6.2 Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen und Auslagenersatz für ehrenamtlich tätige Bürger der Stadt Sangerhausen (Entschädigungssatzung) sowie Richtlinie der Stadt Sangerhausen über die Zuschüsse zur Fraktionsarbeit und deren Verwendung

Begründung: Frau Brenneiser

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 8
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 1

Die Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage mehrheitlich zu.

10 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu. (Breitenbach, Gonna, Grillenberg, Großleinungen, Morungen, Obersdorf, Riestedt, Wettelrode, Wippra, Wolfsberg)
1 Ortschaftsrat stimmte gegen die Beschlussvorlage. (Oberröblingen)
1 Ortschaftsrat stimmte nicht über die Beschlussvorlage ab. (Lengefeld)

Von den Ortschaften Horla und Rotha lagen noch keine Ergebnisse vor.

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 19
Nein-Stimmen = 10
Stimmenenthaltungen = 2

Beschluss- Nr.: 2-5/19

6.3 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 "SO Photovoltaik Othaler Weg" der Stadt Sangerhausen

Begründung: Frau Diebes

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 6
Nein-Stimmen = 1
Stimmenenthaltungen = 2

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 4
Nein-Stimmen = 2
Stimmenenthaltungen = 3

Stellungnahme Herr Peche, Fraktion B.I.S.

Herr Peche berichtet über seine Erfahrungen mit der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten. Vorliegend hat sich ein Investor nachweislich nicht an Forderungen gehalten. Er kann nicht nachvollziehen, dass dieser Aufwand der B-Plan-Änderung unentgeltlich für den Investor sein soll. Er sieht hier finanzielle Aufwendung in Hinblick auf den Verwaltungsaufwand. Er fragt was passieren würde, wenn der Stadtrat dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen würde.

Antwort Frau Diebes

Frau Diebes antwortet, dass hier der Vorgang an das Bauordnungsamt zur Aufarbeitung gegeben werden könnte, um den Sachverhalt zu ahnden. Ein Verkauf wäre dann nicht möglich. Weiterhin bestünde die Möglichkeit, die Anlage zurück zu bauen und ordnungsgemäß herzurichten.

Stellungnahme Herr Peche, Fraktion B.I.S.

Herr Peche nimmt die Aussage zur Kenntnis und hofft, dass bei ordnungsgemäßer Rechtsauffassung diesem Beschluss nicht zugestimmt wird.

Stellungnahme Herr Kemesies, Fraktion SPD/DIE GRÜNEN

Herr Kemesies spricht sich für die Anwendung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Sangerhausen aus. Diese Verwaltungsgebühren sollten auch demjenigen in Rechnung gestellt werden, welcher für den Verwaltungsvorgang, der jetzt stattgefunden hat, verantwortlich ist. Vorliegend hat ein Planer nicht richtig geplant und der Bauüberwacher hat versäumt

richtig zu kontrollieren bzw. in der Bauphase hätten schon Änderungen erfolgen müssen. Der jetzige Verwaltungsaufwand soll dem Investor nach Verwaltungskostensatzung bescheidet werden.

Antwort Herr Strauß

Herr Strauß sagt, dass es in der Vorlage nicht darum geht, auf Verwaltungskosten zu verzichten. Wenn für die Amtshandlung eine Gebühr vorgesehen ist, wird diese erhoben. Kern der Vorlage ist, ob der Stadtrat dieser Änderung des B-Planes zustimmen würden. In der Vorlage steht zwar "Finanzielle Auswirkungen: Nein", dies bezieht sich jedoch nur auf die finanziellen Auswirkungen für die Stadt, und nicht für den Bauherren. Wenn wir uns den Verwaltungsaufwand vergüten lassen, bleiben die finanziellen Auswirkungen gleich. Die reine Änderung hat keine Auswirkungen für die Stadt.

Stellungnahme Herr Koch, Fraktion B.I.S.

Herr Koch hat ein Problem mit jeder neuen Anlage die erneuerbare Energien erzeugt. Damit steigt in der Region die EEG-Umlage. Das heißt, es wird mehr an EEG-Umlage für Strom bezahlt. Er bestätigt zwar, dass wir die erneuerbaren Energien für die Zukunft benötigen, aber sie sind in der Region differenziert aufgeteilt. Er überlegt, ein Signal zu setzen und der Beschlussvorlage nicht zu zustimmen.

Anfrage Herr Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel fragt, ob es überhaupt möglich ist, dem Betreiber Verwaltungskosten in Rechnung zu stellen, da für das Baurecht der Landkreis verantwortlich ist. Herr Hüttel bezweifelt, dass die Durchsetzung des Anspruches auf Vergütung möglich ist. Weiterhin findet er die Argumentation von Herrn Koch überzogen, da letztendlich es nicht darum geht, erneuerbare Energien zu reduzieren. Es muss darüber gesprochen werden, dass hier zwar Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien errichtet werden, aber vor Ort keine Steuern bezahlt werden. In Eisleben wurde solch eine Anlage abgelehnt, da dort ebenfalls keine Steuern zu bezahlen sind. Grundsätzlich ist die Diskussion über erneuerbare Energien aber wichtig.

Antwort Herr Strauß

Herr Strauß antwortet, dass es korrekt ist, dass die Baugenehmigungsbehörde der Landkreis Mansfeld-Südharz ist. Vorliegend handelt es sich aber um die Änderung einen B-Planes, d. h. es geht um eine Genehmigungsfreistellung, welche wiederum durch die Stadt Sangerhausen erteilt wurde. In eine Diskussion über die EEG-Umlage möchte Herr Strauß nicht übergehen. Es sei so viel zu sagen, dass diese Umlage an einen Höchstsatz gekoppelt ist, welcher noch nicht ganz erreicht ist. Wenn die erneuerbaren Energien hier eingespeist werden, bekommt die Stadt ein wenig an Gewerbesteuer. Insgesamt beeinflusst aber das heutige Abstimmungsergebnis nicht nennenswert die Stromkosten für die Bürger.

Stellungnahme Herr Kemesies, Fraktion SPD/DIE GRÜNEN

Herr Kemesies möchte erneut etwas über die Verwaltungskosten sagen. Sicherlich ist es heute nicht Beschlussvorlage, aber bei anderen Beschlüssen liegen meist vollumfängliche Begründungen vor. Beim vorliegenden Beschluss sind es fünf Zeilen an Begründung. In der Begründung ist zu mindestens zu erwähnen, wie die weitere Verfahrensweise abläuft, um dies transparenter und verständlicher für denjenigen zu machen, welcher heute abstimmungsberechtigt ist.

Stellungnahme Herr Nothmann, Fraktion SPD/DIE GRÜNEN

Herr Nothmann berichtet über seine Erfahrungen bei einer B-Plan-Änderung in Obersdorf. Dort wurde eine Änderung abgelehnt, da dies zu kostenintensiv sei. Er bittet darum, dass die Stadtratsmitglieder nicht zustimmen und im Vorfeld die Verwaltungskosten für den Käufer in Rechnung gestellt werden. Erst dann soll abgestimmt werden.

Antwort Frau Diebes

Frau Diebes erläutert, dass der B-Plan für die Verwaltung nichts kostet, da der Investor den B-Plan selbst erstellt und bezahlt. Die Verwaltung ist nur Dienstleister und bringt die Beschlüsse in den Stadtrat. Die Erstellung kostet der Stadt Sangerhausen in diesem Fall nichts.

Stellungnahme Herr Kotzur, Fraktion DIE LINKE.

Herr Kotzur stimmt Herrn Kemesies über die unzureichende Begründung der Vorlage zu. Er weiß nicht, wer der Investor ist, wann was gebaut wurde, wie es zum vorliegenden Sachverhalt gekommen ist und wer das Fehlverhalten zu verantworten hat. Weiterhin sieht er es kritisch, dass wir nur Dienstleister sind. Der Investor erstellt den B-Plan, obwohl die Stadt Sangerhausen doch die Planungshoheit hat. Selbst Dienstleistungen haben ihren Preis. Ihm reichen die Informationen bisher nicht aus.

Herr Kotzur stellt den Antrag auf erste Lesung, da er nicht weiß, welche Folgen eine Ablehnung hat. Er hofft, dass er umfassendere Informationen bekommt, um eine sachkundig unterlegte Entscheidung zu treffen.

Antwort Herr Strauß

Herr Strauß verweist auf die vorangegangenen Ausschusssitzungen. Er bestätigt, dass wir als Kommune die Planungshoheit haben, welche auch nicht abgegeben wird. Dies ist der Grund, weshalb diese Vorlage dem Stadtrat vorgelegt wird. Die Entscheidungsfreiheit hat der Stadtrat. Die Folgen sind, wie Frau Diebes bereits erwähnt hat, dass das Bauordnungsamt tätig werden muss. Es ist fraglich, ob eine nachträgliche Genehmigung durch die Baugenehmigungsbehörde, bei Bestehenbleiben des B-Planes erwirkt werden kann. Zudem gibt es die Möglichkeit, die Anlage auf Kosten des Investors zurück zu bauen. In wie weit das sinnvoll ist erschließt sich Herrn Strauß nicht. Die überschrittene Höhe ist aus Sicht der Verwaltung nicht störend. Weiterhin verweist er auf den Schlusstext der Vorlage zur Regelung der Kosten. Eine Kostenübernahmeerklärung durch den Investor liegt vor.

Abstimmung über den Antrag "1. Lesung"

Ja-Stimmen	= 20
Nein-Stimmen	= 10
Stimmenenthaltungen	= 1

6.4 Aufstellungsbeschluss VEP Nr. 43
"Erweiterung Gewerbestandort Grabenweg" der Stadt Sangerhausen

Begründung: Frau Diebes

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen	= 9
Nein-Stimmen	= 0

Stimmenenthaltungen = 0

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 9
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 7
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 2

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 31
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Beschluss- Nr.: 3-5/19

6.5 Besetzung der Aufsichtsräte der Stadtwerke Sangerhausen GmbH (SWS), Kommunalen Bädergesellschaft Sangerhausen mbH (KBS) und der Sangerhäuser Erneuerbare Energie Service GmbH (SEES)

Begründung: Herr Strauß

Vor der Sitzung wurde eine Austauschseite verteilt.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 9
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Herr Skrypek schlägt vor, zuerst die Mitglieder in der KBS und der SEES festzustellen. Die Benennungen liegen vor.

CDU = Andreas Skrypek
BOS/FDP/BV = Harald Oster
B.I.S. = André Reick
SPD / DIE GRÜNEN = Frau Kati Völkel
DIE LINKE. = Holger Hüttel
AfD = Andreas Gehlmann

sachkundige Einwohnerin = Annett Görlich (Vorstandsmitglied Sparkasse Mansfeld-Südharz)

Herr Gehlmann bittet seinen Namen von der Vorschlagsliste zu streichen und dafür Martin Thunert aufzunehmen.

Herr Skrypek führt mit der Besetzung der SWS fort.

CDU = Andreas Skrypek
BOS/FDP/BV = Harald Oster

sachkundige Einwohnerin = Annett Görlich (Vorstandsmitglied Sparkasse Mansfeld-Südharz)

Die dritte Person für den Aufsichtsrat wird im Losverfahren bestimmt. Er bittet die übrigen Fraktionsvorsitzenden zum Lostopf.

Ergebnis: B.I.S. = André Reick

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 31
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Beschluss- Nr.: 4-5/19

6.6 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 des KVG LSA für die Kreisumlage in Höhe von 915.305 €

16:57 Uhr - Herr Kotzur geht

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 5
Nein-Stimmen = 1
Stimmenenthaltungen = 3

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

keine Abstimmung

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 7
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 25
Nein-Stimmen = 4
Stimmenenthaltungen = 1

Beschluss- Nr.: 5-5/19

17:02 Uhr - Herr Kotzur kommt

17:30 Uhr (nach Pause) Frau Spröte geht

17:40 Uhr Frau Spröte kommt

Einwohnerfragestunde

Anfrage Herr Kern, Schiedsstelle

Herr Kern spricht das Thema Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Bürger an. Er findet, dass jeder Ehrenamtliche eine Anerkennung in Geld für seine Arbeit bekommen sollte. Er spricht heute im Namen der Schiedsstelle über deren Erfolge. Daher möchte er darauf hinweisen, dass die Schiedsstelle für diese Ausübung des Ehrenamtes bei der Auszahlung von z. B. Entschädigungen für den Sitzungsdienst berücksichtigt werden könnte.

Antwort Herr Strauß

Herr Strauß bedankt sich für die Ausübung dieser ehrenamtlichen Tätigkeit und findet es schade, dass eine Entschädigung für dieses Ehrenamt nicht vom Bereich Justiz gezahlt wird. Weiterhin kann er aber nichts abschließendes sagen, da die Entscheidung, ob und in wie weit die Aufwandsentschädigungssatzung angepasst werden muss, beim Stadtrat liegt.

Stellungnahme Frau Spröte, Fraktion DIE LINKE.

Frau Spröte lädt Herrn Kern am 2. Dezember 2019, 17:00 Uhr in den Beratungsraum, zum Sozialausschuss ein, um das Thema zu besprechen.

****

Anfrage Herr Alexander Dober, sachkundiger Einwohner

Herr Dobert hat heute gesehen, dass die Stadtverwaltung auf der Straße von Martinsrieth nach Sangerhausen, auf Höhe vom Fensterbau EGE, die Überwachung des fließenden Verkehrs durchgeführt hat. Als er im MZ-Archiv recherchiert hat, gab es in einem Artikel von 2016, ein Versprechen der Stadt, regelmäßig über die Termine für die Überwachung des fließenden Verkehrs zu informieren. Auf der Webseite der Stadt wurde nicht darüber informiert. Die letzte Information war aus dem Monat September. Herr Dobert fragt, ob zukünftig wieder darüber informiert wird oder ob diese freiwillige Möglichkeit entfallen ist.

Antwort Herr Strauß

Herr Strauß bedankt sich für den Hinweis. Das Versprechen hat weiterhin Bestand. Er sagt zu, dass in Zukunft wieder vereinzelt informiert wird, wenn solch eine Geschwindigkeitsmessung stattfindet. Herr Strauß kann nicht sagen, warum die letzte Information im Monat September veröffentlicht wurde.

vorgezogen

6.10 4. Satzung zur Änderung der Kostenbeitragssatzung über die Kostenbeiträge zur Benutzung der Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Sangerhausen - 2. Lesung und Beschlussfassung

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 0
Nein-Stimmen = 7
Stimmenenthaltungen = 2

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 0
Nein-Stimmen = 9
Stimmenenthaltungen = 0

Stellungnahme des Schul - und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Spröte, Vorsitzende des Ausschusses

Ja-Stimmen = 0
Nein-Stimmen = 7
Stimmenenthaltungen = 0

Die Ortschaftsräte lehnten die Beschlussvorlage mehrheitlich ab.

1 Ortschaftsrat stimmte der Beschlussvorlage zu. (Großleinungen)
11 Ortschaftsräte stimmten gegen die Beschlussvorlage. (Breitenbach, Gonna, Grillenberg, Lengefeld, Morungen, Obersdorf, Oberröblingen, Riestedt, Wettelrode, Wolfsberg und Wippra)

Von den Ortschaften Horla und Rotha lagen noch keine Ergebnisse vor.

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

Stellungnahme Herr Koch, Fraktion B.I.S.

Herr Koch empfiehlt der Stadtverwaltung, dass diese prüft, inwieweit sie den Stadtrat mit dieser Thematik weiterhin beschäftigt. Die Mehrheitsverhältnisse in diesem Stadtrat sind so eindeutig, dass dies nicht zielführend ist, außer es geht um eine Senkung bzw. Abschaffung von Beiträgen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 4
Nein-Stimmen = 27
Stimmenenthaltungen = 0

Beschluss- Nr.: 6-5/19

vorgezogen

6.12 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen - 2. Lesung und Beschlussfassung

Begründung: Herr Michael

Vor der Sitzung wurden Austauschseiten verteilt.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen	= 4
Nein-Stimmen	= 4
Stimmenenthaltungen	= 1

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen	= 4
Nein-Stimmen	= 4
Stimmenenthaltungen	= 1

Stellungnahme des Schul - und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Spröte, Vorsitzende des Ausschusses

Ja-Stimmen	= 5
Nein-Stimmen	= 0
Stimmenenthaltungen	= 2

Die Ortschaftsräte lehnten die Beschlussvorlage mehrheitlich ab.

4 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu. (Lengefeld, Riestedt , Wippra und Wettelrode)
2 Ortschaftsräte stimmten nur mit Änderung zu: (Gonna und Grillenberg)
6 Ortschaftsräte stimmten gegen die Beschlussvorlage. (Breitenbach, Großleinungen, Morungen, Obersdorf, Oberröblingen und Wolfsberg)

Von den Ortschaften Horla und Rotha lagen noch keine Ergebnisse vor.

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

Stellungnahme Herr Koch, Fraktion B.I.S.

Herr Koch mahnt die Formulierung "Vorschlag aus der Stadtverwaltung" an. Für Außenstehende ist es meist nicht erkennbar, wie sich Vorlagen entwickeln, bis sie in den Stadtrat kommen, über die Fraktionen und Ausschüsse. Er möchte anmerken, dass sehr viel Arbeit dahinter steckt. Als die Vorlage auf dem Tisch lag, zeichnete sich ab, dass alle Fraktionen und Mitglieder des Stadtrates, dieser Beschlussvorlage mehrheitlich nicht zustimmen werden. Herr Koch berichtet von einem Termin mit Herrn Strauß und Frau Wunder im Rahmen des Haushaltes, als es schlussendlich auch um diese Beschlussvorlage ging. Auf Nachfrage, wie hoch der ursprüngliche Kostendeckungsgrad (95 %) war, wurde informiert, dass dieser bei ca. 75 % liegt. Deshalb wurde zu diesem Termin ein Kompromiss vorgeschlagen, dass man sich in der Hälfte trifft (85 %). Am nächsten Tag hat der Oberbürgermeister die entsprechenden Änderungen veranlasst. Herr Koch möchte nochmal verdeutlichen, dass seitens der Verwaltung zu oft gesagt wird, dass die geltenden Rechtsvorschriften (KAG, Kostensatzung) eine 100 %ige Kostendeckung vorschreiben. Jedoch steht in den Rechtsvorschriften geschrieben, dass die Kostendeckung

100% betragen SOLL. Eine Unterdeckung, wenn es dem öffentlichen Interesse dient, ist möglich. Auch wenn Herr Koch vorherige Beitragserhöhungen stets abgelehnt hat, stimmt er
dieser Beschlussvorlage zu, weil er den Kompromiss als gut und machbar befindet.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	= 20
Nein-Stimmen	= 10
Stimmenenthaltungen	= 1

Beschluss- Nr.: 7-5/19

6.7 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 der Stadt Sangerhausen

Anfrage Herr Peche, Fraktion B.I.S.

Herr Peche stellt Geschäftsordnungsantrag:
Aus seiner Sicht habe sich durch das Voranstellen der TOP 6.10 und 6.12 vor der Beratung zum Haushalt, der Sachverhalt der ganzen Sitzung geändert. In der Diskussion zum Haushalt habe man mit der vorherigen Reihenfolge eine andere Position zum Abstimmverhalten gehalten. Er beantragt eine Auszeit bzw. die Pause vorzuziehen.

Antwort Herr Skrypek, Stadtratsvorsitzender, Fraktion CDU

Herr Skrypek schlägt vor, die reguläre Pause vorzuziehen.

Pause 17:15 Uhr bis 17:30 Uhr

Herr Skrypek schlägt vor, die TOP 6.7 und 6.8 gemeinsam vorstellen und begründen zu lassen und nach der Beratung getrennt darüber abzustimmen.

Begründung: Herr Schuster (für TOP 6.7 und 6.8)

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen	= 6
Nein-Stimmen	= 3
Stimmenenthaltungen	= 0

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen	= 4
Nein-Stimmen	= 0
Stimmenenthaltungen	= 6

17:56 Uhr Herr Klaube kommt

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 2
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 5

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

keine Abstimmung

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 6
Nein-Stimmen = 1
Stimmenenthaltungen = 2

Stellungnahme des Schul - und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Spröte, Vorsitzende des Ausschusses

Ja-Stimmen = 5
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 3

Die Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage mehrheitlich zu.

7 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu. (Breitenbach, Grillenberg, Lengefeld,
Morungen, Oberröblingen, Riestedt, Wippra)
4 Ortschaftsräte stimmten gegen die Beschlussvorlage. (Gonna, Obersdorf, Wettelrode, Wolfsberg)
1 Ortschaftsrat stimmte nicht über die Beschlussvorlage ab. (Großleinungen,)

Von den Ortschaften Horla und Rotha lagen noch keine Ergebnisse vor.

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

Stellungnahme Herr Kemesies, Fraktion SPD/DIE GRÜNEN

Herr Kemesies bedankt sich zu Beginn bei der Kämmerei als Erarbeiter des Haushaltes. Es ist ihr gelungen, dem Stadtrat einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. In beiden vergangenen Jahren hat man es geschafft, die Verschuldung zu senken. Ebenfalls trifft dies auf den Liquiditätskredit zu. Es wurde versucht, den Haushaltsentwurf so gut wie möglich zu erarbeiten und für alle transparent und verständlich zu gestalten. Durch eine Spar-Streich-Politik in Verbindung mit Mehrerträgen bzw. Mehreinzahlungen und der Annahme von Liquiditätshilfen ist es gelungen, in diesem Haushalt einen Überschuss im Ergebnisplan auszuweisen. Der Finanzplan ist ausgeglichen, durch eine schon im vergangenen Jahr durchgeführte Grundsteuererhöhung, höhere Kostendeckungen bei den Friedhofsgebühren, Erhöhungen im Vorjahr von Kita-Beiträge und Einsparungen bei den freiwilligen Aufgaben. Dies sind alles Dinge, die insgesamt nicht schön waren. Jedoch wurde damit ein genehmigungsfähigen Haushalt vorgelegt, der natürlich noch so einige unsicher Positionen enthält, wie z.

B. die noch nicht im Kreistag beschlossene Kreisumlage, oder die Schlüsselzuweisungen, die auf Schätzungen beruhen, oder einiges mehr. Alles sind nur Orientierungszahlen. Die Erhöhung der Kreisumlage beschäftigt den Stadtrat schon mehrere Jahre. Es ist eigentlich eine Katastrophe, dass die gesamten Schlüsselzuweisungen die die Stadt erhält, allein für die Zahlung der Kreisumlage verbraucht werden. Nach neusten Informationen könnte es möglich sein, dass die Höhe der Schlüsselzuweisungen zur Zahlung der Kreisumlage noch nicht einmal ausreichen wird. Der Gesetzgeber verlangt aber den Haushalt schon im Vorjahr zu beschließen und immer ab 01.01. des Folgejahres nach dem Haushalt zu arbeiten und nicht in der vorläufigen Haushaltsführung, in welcher nur Pflichtaufgaben erfüllt werden dürfen. Bei großen Verschiebungen muss dann ein Nachtragshaushalt erarbeitet werden. Ein Problem ist die geringe Wirtschaftskraft der Stadt Sangerhausen. Diese muss unbedingt erhöht werden. Es muss unbedingt Sorge dafür getragen werden, dass sich mehr Unternehmen ansiedeln können und die bestehenden müssen gut unterstützt werden. Für deren Erhaltung muss Sorge getragen werden. Es muss aber noch mehr auf eine solide Finanzausstattung der Kommune durch das Land geachtet werden und dies ist mit allen verfügbaren Mittel auch zu fordern. Es geht nicht mehr so weiter! Wenn das Land oder der Gesetzgeber der Stadt zusätzliche Aufgaben überträgt, muss sie auch eine ausreichende und kostendeckende Finanzierung fordern. Das betrifft auch hauptsächlich z. B. Kita-Gebühren über die bereits abgestimmt wurde. Hier werden Dinge von oben beschlossen und die Stadt muss die Differenz insgesamt tragen. Hier muss wirklich Druck auf unsere Landtagsabgeordneten ausgeübt werden, dass diese Entsprechendes in den Landtag einbringen. Land und Bund rühmen sich mit schwarzen Zahlen, und die Kommune, das letzte Glied der Kette, kann dann die Aufgaben nicht mehr erfüllen, muss die Kostenschrauben für die Bürger immer mehr anziehen. Das kann nicht mehr so weiter gehen. Dreh- und Angelpunkt bleibt die wirtschaftliche Kraft der Kreisstadt, die im Vergleich zu gleich großen Städten entschieden zu gering ist. Gesunkene Gewerbesteuerzahlungen sind Ausdruck dafür. Hier muss es aller Bestreben sein, die Wirtschaftskraft der Stadt unbedingt zu stärken und zu erhöhen. Nur über Ursachen zum Rückgang der Leistungskraft zu sprechen, bringt keinen weiter. Bei allen Schwierigkeiten die vorhanden sind, es muss alles dagegen getan werden. Es geht um die Zukunft. Auch der dramatische Rückgang der Gewerbesteuer muss mit dem Kassenkredit ausgeglichen werden, sodass die Zahlungsfähigkeit erhalten bleibt. Es muss alles dafür getan werden, die Gewerbe- und Industrieansiedlung voran zu bringen. Das betrifft natürlich auch heute einen TOP, den IPM, über den schon lange gesprochen wird. Alle im Konsolidierungskonzept genannten Maßnahmen sind Arbeitsaufträge für den Stadtrat. Es gibt noch Maßnahmen, über die noch diskutiert werden muss, ob und wie diese durchgeführt werden. Z. B. ein Rückbau des Springbrunnes am Kaufland, welchem Herr Kemesies aus heutiger Sicht nicht zustimmen wird, es sei denn, es wird ein neuer durch eine Entwicklungsplanung gebaut. Wir werden eine Entscheidung über den Haushalt treffen, für oder gegen ihn. Herr Kemesies wird dem Haushalt zustimmen und denkt, dass er die Mehrheit erfahren wird, um handlungsfähig zu sein.

Anfrage Herr Scholz, Fraktion CDU

Herr Scholz spricht über die Richtlinie vom Landkreis, die für die Kindertageseinrichtungen gilt. Dort steht im § 4 (6): Aufwendungen für Dokumentation 10 € pro Kind; für Sach- und Beschäftigungsmaterial 15 € sowie wirtschaftsmedizinischer Bedarf 12 €. Er findet dies im Haushalt so nicht wieder. Herr Scholz erbittet dazu eine Antwort.

Antwort Herr Schuster

Herr Schuster antwortet, dass dieses Thema noch nicht in den Ausschüssen besprochen wurde. In der Tat wurde dies auf mehrere Sachkonten verteilt, im Ergebnishaushalt auf die Sachkonten 52710000 (11.300 €) und 52520000 (20.000 €). Im Investitionshaushalt wurde unter dem Sachkonto 08110000 (9.000 €) für Spiel- und Beschäftigungsmaterial sowie alle anderen Dinge die der Richtlinie entsprechen, Geld eingeplant. Eine detaillierte Abstimmung

mit der Richtlinie war bisher nicht möglich. Wenn dem Ansatz der Richtlinie nicht entsprochen werden kann, ist Herr Schuster im Rahmen der Haushaltsdurchführung gerne bereit, hier in entsprechenden Umfang nachzusteuern. Herr Schuster weist drauf hin, dass es sich vorliegend um eine Richtlinie handelt, die eine Empfehlung gibt. Sie muss nicht eins zu eins angewendet werden. Die Stadt ist so nah an dem Thema dran, dass versucht wird, der Zufriedenheit der Stadträte zu entsprechen.

Weiterhin spricht Herr Schuster über die nicht geplante Einnahme. Er möchte der Faktion BOS/FDP/BV nicht vorgreifen, aber die Fraktion hat einen konstruktiven Vorschlag mit Blick auf die Vergnügungssteuer unterbreitet. Die Stadt hat bereits eine Mehreinnahme als Prognose ermitteln können. Herr Schuster möchte dem Stadtrat die Sorge nehmen, Gefahr zu laufen nicht diesem Haushalt zuzustimmen.

Anfrage Herr Skrypek, Stadtratsvorsitzender, Fraktion CDU

Herr Skrypek fragt detailliert nach, wie groß die Abweichung im letzten Jahr zur Richtlinie des Landkreises war. Weiterhin möchte er wissen, ob sich der Sozialausschuss mit dieser Richtlinie bereits beschäftigt hat. Es interessiert ihn, welche Einrichtung bereits richtliniekonform vergütet wurde und welche Einrichtung nicht. Dazu wünscht er eine Aufstellung.

Antwort Herr Schuster

Herr Schuster informiert, dass er diese Aufstellung gerne nachreicht.

Antwort Herr Strauß

Herr Strauß gesteht, dass dieses Thema frisch in den Stadtrat getragen wurde, findet es aber grundsätzlich gut, dass der Landkreis mit solch einer Richtlinie die Qualität sichern will. Es wird ein Punkt sein, der in zukünftigen Abwägungen, wenn es um das Thema Höhe der Kreisumlage geht, eine Rolle spielen wird. Die Stadt ist angehalten, mit ihren Eigenmitteln auch die Richtlinie es Landkreises mit besten Wissen und Gewissen umzusetzen, nicht wegen dem Landkreis, sondern wegen den Kindern. Dafür ist aber zu erwarten, dass man der Stadt eine finanzielle Handlungsmöglichkeit lässt. Er dankt für den Hinweis.

Stellungnahme Herr Schultze, Fraktion BOS/FDP/BV

Herr Schultze dankt Herr Schuster und Frau Wunder für die Geduld und Ausdauer, die Sie haben, den Haushalt immer wieder in den verschiedensten Ausschüssen und Gremien zu erläutern und bis ins Detail zu erklären. Er findet den Haushalt 2020 sehr ehrlich. Er zeigt die finanzielle Situation. Es zeigt, dass es immer weniger wird was die Stadt bekommt. Er zeigt auch, dass die Stadt in der Lage ist, einen ausgeglichen Haushalt aufzustellen. Im Ergebnisplan werden 1,1 Millionen Euro Überschuss ausgewiesen. Der Finanzplan zeigt die schwarze Null, da er so vom Gesetzgeber auch gefordert wird. Bei den Ausgaben bleibt festzuhalten, dass 74 Mio. Euro, wie jedes Jahr, ausgegeben werden. Davon allein sind 20 Mio. € (44%) Personalkosten. Nach dem Dafürhalten von Herrn Schultze, kann von den Personalkosten nicht abgewichen werden, ohne die Leistungsfähigkeit der Verwaltung einzuschränken. Es bestünden Einsparmöglichkeiten, Aufgaben vom Bauhof fremd zu vergeben, dann fallen diese nicht als Personalkosten, sondern als Sachkosten an. Personalkosten der Kitas (7,7 Mio.) kriegt die Stadt vom Land aufgesetzt, damit der Betreuungsschlüssel eingehalten wird. Personal ist kein Ansatz, effektiv massive Kosten zu sparen. Weitere Möglichkeiten zum Sparen sind die Einschränkungen beim Modernisieren, Renovieren und Instandsetzung. Weiter bringe das die Stadt aber auch nicht. Dies ist auch keine Position die zu kürzen ist.

Herr Schultze schwenk zu den Einnahmen über. Es gibt Grundsteuer, Gewerbesteuer und Nutzungsgebühren. Diese sind aber nach oben nicht ewig skalierbar. Eine Gewerbesteuer

von 500 % Hebesatz ist z. B. nicht möglich. Der Blick auf die Überlebensfähigkeit in der Stadt Sangerhausen ist unablässig. Wo Handlungsmöglichkeit besteht, ist bei der Vergnügungssteuer. Seine Fraktion schlägt vor, diese Erhöhung von 10 % auf 15 % im ersten Halbjahr 2020 zu prüfen.

Herr Schultze geht auf zwei Punkten im Haushalt ein, welche besonders kritisch sind. Die Schlüsselzuweisungen sind mit 11, 3 Mio. € für nächste Jahr geplant. Dieses Jahr waren es 11,7 Mio. €. Dies macht eine Differenz von 400 T € weniger vom Land aus. Weiterhin geht der Gemeindeanteil an der Umsatz- und Einkommenssteuer um 206 T€ zurück, weil das Land weniger Steuern einnimmt. Das sind zwei Positionen, auf welche die Stadt keinen Einfluss hat. Nebst den Personalkosten, ist ein weiterer großer Punkt die Kreisumlage. Dieses Jahr wurden 11,3 Mio. € bezahlt. Der Kreis hat zum jetzigen Zeitpunkt noch keinen Haushalt, d. h. es ist unklar, wie hoch die Umlage nächstes Jahr ausfallen wird. Es gibt Orientierungswerte vom Kreis, welche aber erst im Dezember vom Kreistag endgültig beschlossen werden. Man kann davon ausgehen, dass sich diese nicht reduzieren wird. Nun kommt Herr Schultze zu dem Punkt warum er den Haushalt ehrlich findet. Es wird ein Haushalt beschlossen, in welchem eine Kreisumlage in Höhe von 9,587 Mio. € ausgewiesen wird. Das kann die Stadt nur leisten und dem Kreis zusteuern, um der kommunalen Familie zu helfen. Genauso ist der Haushalt ehrlich in Hinblick auf das Risiko, dass der Landkreis mehr haben möchte. Dieses Risiko wurde aufgegriffen, indem der Liquiditätskredit nicht komplett gesenkt wurde, sondern da eine Reserve veranschlagt wurde, um in Notfall die Zahlung an den Kreis zu tätigen. Herr Schultze findet, dass es ein guter Haushalt ist. Ein Gestaltungshaushalt, in Hinblick auf Zukunftsthemen, ist es noch nicht. Aber der vorhandene Gestaltungspielraum sollte genutzt werden. Er stellt die Frage in den Raum, ob durch die Digitalisierung der Verwaltung neue effektivere Arbeitsprozesse geschaffen werden können, um Bearbeitungszeiten, Bearbeitungsaufwand und Aufwand für Büromaterial zu senken und damit schneller und günstiger zu sein. Ist es möglich, in den Ortsteilen die Internetverbindung auszubauen damit Ortschaftsräte, digital mit der Verwaltung unkompliziert kommunizieren zu können? Es wurde bereits angekündigt, in der nächsten Stadtratssitzung weitere Informationen über die Digitalisierung der Ratsbüroarbeit zu bekommen. Herr Schultze spricht den bereits gestellten Arbeitsauftrag an die Verwaltung an, zu prüfen, in wieweit in den Ortsteile Internetabschlüsse verfügbar sind sowie die Prüfung der Ausstattung der Ortschaftsräte mit entsprechender Technik.

Herr Schultze wundert es, dass die Entnahme aus den kommunalen Gesellschaften bisher keine Rolle gespielt hat. Der Beteiligungsbericht liegt als Infovorlage aus. Auf dem Papier können sich die Gesellschaften die Entnahmen leisten. Daher ist Herr Schultze der Meinung, um den Unternehmen langfristig Planungsunsicherheit zu gewährleisten, festzulegen, wie hoch die Entnahme für die zukünftigen Jahre sein soll.

Herr Schultze spricht zudem darüber, warum seine Fraktion dem Haushalt zustimmen wird. Ohne beschlossenen Haushalt gibt es keine neuen Projekte, keine Unterstützung für Vereine, Verbände und sonstige Ehrenamtliche. Ohne Haushalt greift § 104 KVG-LSA, d. h. keine Investitionen in das Stadtbad, welche beschlossen wurden, keine Zuschüsse für den Betrieb der Bäder in den Ortsteilen, keine Unterstützung von Sportvereinen, keine Wirtschaftsförderung als freiwillige Leistung auf die jeder besteht, keine Museen und Bibliotheken - was zu einer lebenswerten Stadt gehört. Insgesamt ist der Haushalt mit 2,298 Mio. € freiwilligen Leistungen angesetzt. Davon wird ein Teil als Lohnkosten weiter bezahlt. Es war Glück, Fördermittel vom Bund für das Stadtbad zu bekommen. Wenn jetzt keine freiwilligen Leistungen ausgegeben dürfen, mit welchem Geld soll dann das Stadtbad saniert werden? Im Haushalt sind 95 T € mehr angesetzt als die letzten Jahren. Für notwendige Reparaturen an den Schulen wie z. B bei der Grundschule Goethe - das WC Häuschen, die Kita Obersdorf oder auch Trauerhallen, Jugendzentrum und Mehrzweckgebäude. Die Verwaltung will knapp 100 T € mehr ausgeben als bisher. Dies sind freiwillige Leistungen, die ohne beschlossenen

Haushalt nicht möglich sind. Abschließend weist Herr Schultze auf höhere Ausgaben für den Wald hin. Er fordert die Stadträte zur Zustimmung des Haushaltes auf.

Stellungnahme Herr Hüttel, Fraktion DIE LINKE

Herr Hüttel dankt ebenfalls der Finanzverwaltung für das umfangreiche Zahlenwerk zum Haushalt für das Jahr 2020. Er möchte jedoch, wie bereits im gemeinsamen Ausschuss vorige Woche am Montag deutlich gemacht sagen, dass im Vergleich zu den Vorjahren, was die Arbeit zum Haushalt in den einzelnen Fachausschüssen anbetrifft, eine Verschlechterung in diesem Jahr zu verzeichnen ist. Bisher war es üblich, dass in den einzelnen Fachausschüssen, von den Fachämtern explizit Unterlagen, Listen erarbeitet worden, um mit allen Stadträtinnen und Stadträten, die diese Aufgaben im Ehrenamt erledigen und oftmals keine Haushaltsspezialisten sind, die für sie zu beratenden Haushaltsstellen für ihr Fachgebiet jeweils deutlich, aus den 700 Seiten starken Haushalt, zur Diskussion und Begutachtung herausgestellt worden. Leider erfolgte dies in diesem Jahr nicht, so dass in den einzelnen Ausschüssen über die fachbezogenen Inhalte nicht so wie in den Vorjahren diskutiert und befunden werden konnte. Die Bemerkung der Verwaltung, die Stadträte können ja Fragen stellen aus dem genannten 700 Seiten, hält er eher für unglücklich, zumal der neue Rat seit Mitte des Jahres besteht, in dem eine ganze Reihe neuer Mitglieder, die das 1. Mal über einen Haushalt entscheiden dürfen, anwesend sind.

Herr Hüttel spricht weiter über den Haushalt: Auf der Klausurtagung erhielten die Stadträte ein Dokument, in dem die wichtigsten Eckdaten zum Haushalt 2020 aufgelistet waren. Auf der Seite 2 stehen 3 Fragen: 1. Was fordert das Gesetz? 2. Was fordert das Land? 3. Was fordert der Landkreis? Und die Antworten gab man dem Stadtrat auf der gleichen Seite gleich mit: 1. einen ausgeglichenen genehmigungsfähigen Haushalt, 2. den Abbau von Schulden einschließlich des Kredites unter die Genehmigungsfreigrenze und 3. die Ausschöpfung aller Konsolidierungsmaßnahmen. Und wie seit vielen Jahren ebenfalls üblich wird versucht, sich in der Haushaltsplanung und Haushaltsdurchführung an diesen Fragen und Antworten entlang zu bewegen, in dem Bewusstsein und Wissen, dass ein genehmigungsfähiger Haushalt, was die notwendigen Aufgaben betrifft, die eine Kommune, wie die Kreisstadt zu leisten hat, mit diesen Mitteln gar nicht vollumfänglich zu erfüllen ist. Ganz zu schweigen vom Abbau der Altschulden, die in den letzten Jahren, und das gehört auch zur Ehrlichkeit dazu, nicht in 1. Linie aus eigener Kraft sondern hauptsächlich durch Sonderzuweisungen des Landes erreicht werden konnte. Gleichzeitig wird hier natürlich auch die 3. Antwort, nämlich die Ausschöpfung aller Konsolidierungsmaßnahmen, bei welcher der Stadtrat bereits ebenfalls seit vielen Jahren weiß, dass es kaum noch Möglichkeiten gibt, zusätzliche Konsolidierungseffekte in diesem Haushalt zu finden, ohne die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zu schröpfen oder ihnen notwendige Leistungen zu kürzen oder vorzuenthalten. Der Stadtrat berät und beschließt möglicherweise heute über den Haushalt des kommenden Jahres mit einem im Ergebnisplan beschriebenen Überschuss von knapp 1,2 Millionen €. Dies hört sich, wenn man nur allein diese Zahl sich vor Augen hält, sehr gut und positiv an und würde die Beantwortung der eben genannten Fragen als richtig und zielführend darstellen. Und, wenn man jetzt sogar noch die Reduzierung der langfristigen Kredite (Tilgungen in Höhe von 1,312 Mill. €) im Haushaltsjahr 2020 hinzurechne, sei er bei einem positiven Jahresergebnis in Höhe von über 2,56 Millionen Euro. Dies alles vorausgesetzt, dass die geplanten Einnahmen und Ausgaben so kommen und gehen und die Bürgerinnen und Bürger weiter mit kaputten Fußwegen, fehlenden Investitionen in unseren Kitas, weiter steigenden Gebühren und Beiträge, um nur einige wenige Punkte zu nennen, leben müssen. Aber was sind in diesem Haushalt, die durch den Stadtrat, weniger zu beeinflussenden großen Einnahmen- und Ausgabenpositionen? Es muss in derartigen Haushaltsreden gestattet sein, sich politisch und vor allem druckvoll zu äußern. Da sind zum einen, die im nächsten Jahr wieder rückläufigen Zuweisungen des Landes, wie zum Beispiel die Schlüsselzuweisungen, der Gemeindeanteils der Einkommensteuer oder der Investitionskostenzuschuss zu nennen. Trotz nicht ausgeglichener Zahlungen des Landes für Aufgaben, die unsere Stadt für das

Land und den Bund tätigt, ist es eine weitere Verschlechterung der Möglichkeiten zur kommunalen Selbstverwaltung. Gleichzeitig jedoch gibt uns das Land die Möglichkeit, über die sogenannten Bedarfszuweisungen und Liquiditätshilfen zusätzliches Geld beim Land zu beantragen. Dies jedoch immer wieder verbunden mit diversen Auflagen, um die Bürgerinnen und Bürger weiter zusätzlich zu belasten oder über sogenannte Konsolidierungsmaßnahmen Leistungen zu streichen. Das ist eine Art und Weise des Umgangs zwischen Land und Kommunen, die nicht hinzunehmen ist. Hier bedarf es einer dringenden Änderung der Finanzbeziehungen, nicht nur zwischen Land und Kommunen bzw. Kreisen, sondern auch zwischen Bund, Land und Kommunen. Bei den großen Ausgabepositionen stehen die Personalaufwendungen in der Stadt mit über 20 Millionen € an 1. Stelle. Hier gilt genau das, was man oftmals dem Landkreis vorwirft, dass er nämlich keinen genaueren Blick in diese Haushaltsstelle wirft.

Herr Hüttel möchte nicht falsch verstanden werde, er ist in keinster Weise für umfangreiche Personalreduzierungen oder Gehaltsverzicht, sondern der Stadtrat muss in dieser Haushaltsstelle auch auf zusätzliche zu akquirierende Einnahmen schauen, will sagen, neue Aufgaben zu akquirieren (z.B. Fördermittelstelle) bzw. weniger Aufträge nach außen zu vergeben, wenn sie im eigenen Haus erledigt werden können. Hier helfen die viel gelobten Kennzahlen und Kennziffern in keinster Weise. Jede Kommune hat ihre Besonderheiten.

Herr Hüttel führte weiter aus. Die zweitgrößte Ausgabe ist natürlich die Kreisumlage. Hier geht man einen Weg, zum wiederholten Male, den Herr Hüttel nur als Taschenspielertrick benennen kann. Trotz der vorhin beschlossenen zusätzlichen Ausgaben von knapp 1 Million € als Nachzahlung für die Kreisumlage für das laufende Haushaltsjahr, nimmt man im Haushalt 2020 eine Zahl für die Kreisumlage auf, welche man sich maximal „leisten kann/könnte“, die jedoch über 2 Millionen € unter der Zahl liegt, die der Landkreis dem Hauptverwaltungsbeamten als voraussichtliche Kreisumlage des Landkreises für das Jahr 2020 mitgeteilt wurde (Haushaltsgrundsätzegesetz). Er möchte auch wieder nicht falsch verstanden werden, leider sprießen hier die Emotionen immer sehr hoch. Auch der Stadtrat ist der Meinung, dass die Kreisumlage nicht jedes Jahr eine Steigerung zur Folge haben muss. Auch wenn selbstverständlich der Landkreis mit seiner Verwaltung jedes Jahr, wie die Stadt ebenfalls, steigende Anforderungen und höhere Kosten hat. Aber eine Weitergabe der ständigen Steigerungen nach unten, in dem Fall an die Städte und Gemeinden, wie damit auch an die Stadt Sangerhausen, ist nicht der richtige Weg. Hier müssen der Kreis und vor allem auch der Kreistag und deren Mitglieder die Verantwortung der oberen Ebenen, des Landes und des Bundes deutlich und deutlicher artikulieren. Seit Jahren bemängelt seine Fraktion immer wieder das Denken nur in den jeweiligen Ebenen, ohne nach oben oder unten zu schauen. Aber leider ist hier die Stadt einsamer Rufer im Wald.

Herr Hüttel kommt zurück zum Haushaltsansatz für die Kreisumlage für 2020, in dem die Zahl von 2019 um über 2 Millionen € unterschritten wird. Wenn der Kreistag, was er hofft, die Kreisumlage reduziert, wird es definitiv jedoch nicht zu den Einsparungen kommen, die dem Stadtrat durch die Verwaltung in diesem Haushalt vorgerechnet wird. Im Übrigen glaubt sie ja selbst nicht dran, siehe Höhe des Kassenkredites. Denn diese Reduzierung auf 36% Kreisumlage von heute auf morgen, würde dann auch eine Streichung fast sämtlicher sogenannter freiwilliger Leistungen von dem alle Bürgerinnen und Bürger, auch die der Stadt partizipieren, zur Folge haben. Daher begrüßt seine Fraktion auch ausdrücklich die gemeinsame Beratung des Landkreises mit dem Stadtrat zu den finanziellen Abhängigkeiten zwischen den beiden Gebietskörperschaften. Es hilft nichts, gemeinsam Särge in denen Landkreis und Kommunen liegen, zu Grabe zu tragen und uns dann auf Dauer, bei aller unterschiedlichen Interessenlagen, uns gegenseitig zu entzweien und mit jährlich folgenden Klagen zu streiten. Der lachende Dritte ist das Land, gemeinsam mit dem Bund. Seine Fraktion kann und wird diesem Haushalt daher nicht zustimmen.

Herr Hüttel komme nun kurz zum Haushaltskonsolidierungskonzept. Auch hier hat die Verwaltung ein sehr umfangreiches Dokument zur Beratung übergeben, in dem die bisherigen Schritte, die der Stadtrat in Bezug auf die Reduzierung von Ausgaben bzw. die Erhöhung von Einnahmen in den letzten Jahren getätigt hat, aufgezeigt wurden. Vor allem jedoch die Positionen in der Anlage 4 zum Liquiditätsverbesserungskonzept können von der Fraktion der LINKEN keine Zustimmung erhalten. So sind hier Positionen aufgeführt, wie zum Beispiel eine weitere jährliche Anpassung der Elternbeiträge in unseren Kitas von jährlich 120.000 € bis zum Jahre 2023. Gerade hier, und es wurden im gestrigen Hauptausschuss auch sehr deutlich die aktuellen Defizite in unseren Kindertageseinrichtungen dargestellt, geht es einfach nicht, die Eltern weiter zu belasten. Hier ist die große Politik gefragt, um die Situation, was den gesamten Bildungsbereich in unserem Land und damit auch in unserer Stadt betrifft, mehr Geld ins System fließen zu lassen. Aber leider fehlt der Druck nach oben vor allem von den Parteien, die in Bund und Land regieren. Auch die weitere jährliche Erhöhung der Friedhofsgebühren um 59.000 € ebenfalls bis zum Jahre 2023 sind nicht akzeptabel. Oder als letztes Beispiel die Einstellung der Betreibung des Springbrunnens am Thomas Münzer oder Schützenplatz, kann von seiner Fraktion keine Zustimmung erfahren. Daher wird es keine Zustimmung zum Haushaltskonsolidierungskonzept für das Haushaltsjahr 2020 von seiner Fraktion geben.

Antwort Herr Strauß

Herr Strauß revidiert die Aussage von Herrn Hüttel, dass es sich um eine schlechte Vorbereitung aufgrund der fehlenden Listen handelt und somit nicht alle Informationen vorlagen. Die zuständigen Mitarbeiter waren in jeder Fraktion, jedem Ausschuss und jedem Ortschaftsrat, eine zweitägige Klausurtagung wurde angesetzt. Jegliche Informationen, die gefordert waren, wurden sofort und vollumfänglich bereitgestellt. Er findet diese Argumentation während der 2. Lesung für ungerechtfertigt. Weiterhin stellt er klar, dass die Schulden massiv abgebaut wurden und verweist auf den Oberbürgermeisterbericht vom August. Der Schuldenabbau ist nicht ausschließlich aufgrund von Bedarfszuweisungen ermöglicht wurden. Ohne die Erhöhung der Grundsteuer wäre dies nicht möglich gewesen. Im August hat Herr Strauß berichtet, dass ca. 14 Mio. € an Schulden abgebaut wurden. Bedarfszuweisungen waren davon 5,9 Mio. €, also deutlich weniger als die Hälfte. Herr Strauß sagt deutlich, dass es wahrscheinlich der Argumentation gegen die Kreisumlage schaden würde, wenn der Haushalt nicht beschlossen wird. Er gibt den Hinweis, dass sich das Land wenig für die Rufe der Stadt interessiert, wenn der Stadtrat dem Haushalt nicht zustimmt.

Stellungnahme Herr Peche, Fraktion B.I.S.

Herr Peche weist auf die Einfachheit hin, wenn keine Sachzwänge durch das Land oder den Bund vorliegen würden. Deshalb ist es aus seiner Sicht erforderlich darauf hinzuweisen, wo bestimmte Maßnahmen nicht greifen können, weil die Kommune nicht ausreichend finanziell ausgestattet ist. Er führt weiter aus, dass es von Jahr zu Jahr mehr Spaß macht, an dem Haushalt zu arbeiten und dankt damit Herrn Schuster und Frau Wunder. Der Haushalt wird transparent dargestellt und Nachfragen ausführlich beantwortet.

Herrn Peche ist es nicht verborgen geblieben, das der Haushalt eine positive Entwicklung vollbracht hat. Er hofft, dass sich das die nächsten Jahre fortführen wird. Natürlich konnten durch die Bedarfszuweisung die ausstehenden Zahlungen der Kreisumlage beglichen werden. Die Kreisumlage ist wie eine finanzielle Schlinge, welche die Kommune um den Hals trägt. Nicht nur die Stadt, auch der Kreis trägt diese Schlinge um den Hals gegenüber dem Land und Bund. Der Kreis braucht daher die Kreisumlage, und die Stadt muss diese bezahlen. Oft genug wurde darauf hingewiesen. Um über das Zweieinhalbfache ist die Kreisumlage pro Einwohner gestiegen. Er widerspricht den Ausführungen von Herrn Schultze. Herr Peche ist der Ansicht, dass man sich dagegen auflehnen müsse. Wenn man es hinnimmt,

wird sich heute jeder sowie die nächste Generation umschauen, wohin das führt. Dann wird es überhaupt keinen finanziellen Spielraum mehr geben, welcher jetzt schon sehr begrenzt ist.

Herr Peche kann den Haushalt in vielen Punkten nachvollziehen und seine Fraktion will ihn auch nicht ablehnen, aber für seine Fraktion ist er doch nicht ehrlich. Ein ehrlicher Haushalt ist für ihn ein Haushalt, in welchen die Zahlen eingestellt werden, mit denen man auch rechnen muss, wo Gewissheit besteht, diese auch zahlen zu müssen. In dieser Ratssitzung wurde bereits eine Nachzahlung in Höhe von 900 T € für die Kreisumlage beschlossen, weil bisher ein zu geringer Teil angesetzt war. Er stellt die Frage in den Raum, ob dies wieder passieren soll - sich selbst etwas vorzumachen. Im Haushalt 2020 sind 9 Mio. € Kreisumlage eingeplant, obwohl jeder weiß, dass es wohl eine Auflage von über 11 Mio. € geben wird. Deswegen ist es wichtig, diesen Haushalt mit den wahren Zahlen aufzustellen.

Antrag Herr Peche, Fraktion B.I.S.

Die Fraktion Bürgerinitiative Sangerhausen (B.I.S.) den Antrag, die unter TOP 6.7 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2020 der Stadt Sangerhausen und unter TOP 6.8 - 13. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen für die Haushaltsjahre 2010 bis 2025 zu behandelnden Vorlagen, heute nur in 2. Lesung zu behandeln und nicht zu beschließen.

Herr Peche führt weiter aus. Dadurch kann geprüft werden, ob die genauen Zahlen enthalten sind und an welchen Stellen Nachbesserungsbedarf besteht. Die Fraktion der B.I.S. möchte ebenfalls nicht, dass eine freiwillige Leistung gekürzt wird. Ebenfalls ist nicht gewollt, dass begonnene Maßnahme nicht beendet werden können. Es ist ein ehrlicher und transparenter Haushalt gewollt. Die B.I.S. Fraktion will auch in Magdeburg und in Berlin gehört werden. Es darf keine Einbahnstraße sein und so kann es nicht weiter gehen.

Herr Peche verweist auf die guten Lebensbedingungen in der Stadt Sangerhausen. Bund und Land müssen daran denken, dass die Kommunen noch besser auszustatten sind. In der nächsten Ratssitzung wird es wieder bestimmte Interessenbereiche geben, z.B. Bauhofausstattungen, Straßenreparaturen etc. Es muss in Richtung Land Druck gemacht werden. Der Haushalt soll nicht verhindert oder auf Eis gelegt werden. Durch eine weitere Lesung besteht nochmals die Gelegenheit, den Haushalt nach zu beraten, mit ehrlichen Zahlen insb. zur Kreisumlage. Die Zahlung der Kreisumlage wird man nicht umgehen können. Diese muss bezahlt werden.

Stellungnahme Herr Kotzur, Fraktion DIE LINKE

Herr Kotzur möchte sich nochmals zu Herrn Schusters Aussage äußern, dass der Haushalt ebenfalls in den Ortschaften vorgestellt wurde. Er teilt mit, dass der Ortsbürgermeister ihn zu dieser Vorstellung nicht eingeladen hat oder die Information falsch sei. Er versteht es, dass nicht in jeder Ortschaft der Haushalt vorgestellt werden kann, regionale Zusammenkünfte werden jedoch als angebracht erachtet. Er kann verstehen, dass es für einige Ortschaftsratsmitglieder, welche nicht im Stadtrat sitzen, schwierig ist, so einen Haushaltsplan zu verstehen. Er findet, dass der kommunale Ausgleich zu niedrig gestrickt ist. Der Landkreis und der Städte- und Gemeindebund sagen, dass sie mindestens 1,9 Mrd. € zum Wirtschaften benötigen. Der Landtag beschließt 1,6 Mrd. €. Die Folge ist, dass Weniger zur Verfügung steht, als die Kommune zur Erfüllung ihrer Aufgaben braucht. Demokratie erleben Menschen an der untersten Ebene, in ihren Ortschaften, Städten, Gemeinden, Landkreisen. Die Höhe der Kreisumlage hat schon sehr lange eine große Rolle im Stadtrat gespielt. Wenn der Landkreis keinen bestätigten Haushalt durch die obere Kommunalaufsicht bekommt und eventuell auch nur mit Auflagen, dann finden auch durch den Landkreis keine freiwilligen Aufgaben, die den Gemeinden und Kommunen dienen, mehr statt. Die Kommunen und der

Landkreis sitzen hier in einem Boot. Es sollte versucht werden, gemeinsam in eine Richtung zu rudern. Er begrüßt das Angebot zur Gesprächsrunde zum Thema Kreisumlage.

Antrag Herr Hüttel, Fraktion DIE LINKE

Die Fraktion DIE LINKE beantragt, dass die im Haushaltsplan 2020 (Haushaltsstelle 57.32.01.00, Produkt 5.7.3.2.01 im Ergebnishaushalt) und in der 13. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen veranschlagten Gewinnentnahmen aus
a) der Kommunalen Bädergesellschaft Sangerhausen mbH (KBS) i.H.v. 250.000 € und
b) der Städtischen Wohnungsbau GmbH Sangerhausen (SWG) i.H.v. 100.000 €
zu streichen.

Stellungnahme Herr Koch, Fraktion B.I.S.

Herr Koch findet, dass der Haushalt immer ein Anlass für eine breite Diskussion und auch Auseinandersetzung ist. Im Haushalt konzentrieren sich die Prozesse innerhalb einer Kommune. Unter den Bedingungen, unter denen die Stadt arbeiten muss, haben sich diese leider verschärft, auch wenn es im Stadtrat sehr sachlich zugeht und letztendlich auch immer Beschlüsse gefasst werden, die nicht immer zielführend sind.

Herr Koch möchte auf einige Gedanken der Vorredner eingehen. Es wurde gesagt, der vorgelegte Haushalt sei ehrlich. In einer vergangenen Ausschusssitzung wurde bereits auf die Einhaltung der Haushaltsgrundsätze hingewiesen. Das sind verbindliche Prinzipien im Umgang mit der Planung des Haushaltes für alle öffentlichen Haushalte. Es gibt dazu auch ein Haushaltsgrundsätzegesetz. Darin ist zu lesen, dass Einnahmen und Ausgaben in ehrlicher und tatsächlicher Größenordnung, welche zu erwarten ist, zu veranschlagen sind. Egal was an offiziellen Schreiben vorliegt, auch mündliche Information sind hier zu berücksichtigen. Er verweist auf die Kreistagsposition von Herrn Strauß, einhergehend mit den daraus folgenden Informationen bezüglich der Kreisumlage. Es wird schon bei der Planung der Kreisumlage zu wenig veranschlagt, als eigentlich müsste. Die Stadtverwaltung ist verpflichtet, die Schätzung vom 11 Mio. € zu veranschlagen.

Herr Koch geht weiter auf die Problematik der Schlüsselzuweisungen ein. Die Schlüsselzuweisungen werden letztendlich vom Bund über das Land viel zu niedrig angesetzt, was er als nicht gerecht ansieht. Wenn die Stadt als vorletztes Glied, das letzte Glied ist der Bürger, sich in der Lage ist, die Letzten etwas zu schonen, indem bestimmte Beitragserhöhungen nicht mitgetragen werden, dann könnte auch der Kreis und das Land hier mitgehen und ehrlich planen. Das würden enorme Veränderungen mit sich bringen. Herr Koch benennt noch eine andere Position, welche völlig unehrlich ist. In den letzten Ausschüssen wurde dies seinerseits bereits erwähnt. Im Haushalt sind für Gemeindestraßen und Verkehrsanlagen - Neubau und Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze, Brücken - 609 T € eingeplant. Eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 200 T € ist zu erkennen. Darin befinden sich aber auch schon Personalkosten. Wer aufmerksam durch die Straßen geht merkt, in welchem Zustand sich die Straßen befinden. Bei einem harten Winter mit viel Frost, wäre eine Katastrophe vorprogrammiert. Es müssten mehrere Millionen Euro eingestellt werden, um ehrlich zu signalisieren, was gebraucht wird.

Herr Koch geht weiter auf das Problem ein, wenn dem Haushalt nicht zugestimmt wird bzw. der Haushalt nicht genehmigungsfähig ist. Er verweist auf den § 104 des KVG-LSA – die vorläufige Haushaltsführung. Er zitiert "Die Kommune kann wenn noch nicht die Haushaltssatzung vorliegt, Aufwendungen entstehen lassen und Auszahlungen leisten, zu deren Leistung sie rechtlich verpflichtet ist, oder die für die Weiterführung notweniger Maßnahmen oder Aufgaben unaufschiebbar sind." Das ist ein dehnbarer Begriff. Früher wurde beim Landkreis auch schon mit der vorläufigen Haushaltsführung gearbeitet. Seine Erwartung an eine ehrli-

che Haushaltsführung wird nicht erfüllt, da die Stadt nicht korrekt darstellt, welche Probleme die Stadt konkret hat. Dies sollte letztendlich in einem offenen Finanzbedarf sichtbar sein, so dass der Landkreis und das Land nicht sagen können, die Stadt Sangerhausen hat keine Probleme. Der Landkreis ist verpflichtet, bei seiner Planung für die Kreisumlage auf die Finanzsituation der Kommune einzugehen, sie realistisch widerzuspiegeln und dementsprechend die Kreisumlage zu beschließen. Diese müsste daher viel niedriger sein, was zur Folge hätte, dass das Finanzloch für den Landkreis auch größer wird. Daraus kann das Land aber erkennen, welche Probleme der Landkreis hat. Das betrifft auch nicht nur unseren Landkreis.

Antrag Herr Koch, Fraktion B.I.S.

Die Fraktion B.I.S. beantragt, dass die im Haushaltsplan 2020 (Haushaltsstelle 57.32.01.00, Produkt 5.7.3.2.01 im Ergebnishaushalt) und in der 13. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen veranschlagten Gewinnentnahmen aus
a) **der Kommunalen Bädergesellschaft Sangerhausen mbH (KBS) i.H.v. 250.000 € und**
b) **der Städtischen Wohnungsbau GmbH Sangerhausen (SWG) i.H.v. 100.000 €**
mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Die tatsächlichen Entnahme aus der jeweiligen Gesellschaft erfolgt erst, wenn nach Erstellung der Jahresabschlüsse 2019 und einer kaufmännisch sorgfältigen Prüfung der wirtschaftlichen Lage dieser Unternehmen sowie der Liquiditätslage der Stadt Sangerhausen ein erneuter entsprechender Beschluss des Stadtrates erfolgt ist.

Herr Koch hat sich weiterhin mit dem Haushaltsplan, insbesondere dem Wirtschaftsplan der Sangerhausen Wohnungsbau GmbH (SWG), beginnend ab Seite 666, beschäftigt. In vorherigen Sitzungen wurden Liquiditätsreserven der SWG in Höhe von 5,5 Mio. € genannt. Die Liquidität der Gesellschaft hat sich aus den Jahren 2019 von 5,6 Mio. € im Jahre 2019 auf 2,1 Mio. € reduziert und wird im Jahr 2020 mit 1,3 Mio. € dargestellt. Herr Koch kann dies nicht
nachvollziehen.

Stellungnahme Herr Oster, Fraktion BOS/FDP/BV

Herr Oster ist erfreut darüber, dass die Verwaltung den Arbeitsauftrag angenommen habe, auch die Ortschaften, insbesondere die Ortsteilbürgermeister, mit zeitgemäßer Technik ausstatten zu wollen, zu prüfen. Er glaube, dass sei auch längst notwendig, da in den Ortschaften mit sehr veralteter Technik gearbeitet wird. Wenn man das Ganze weiter durchdekliniert, sei auch das digitale Ratsbüro auf einem Dorf von Bedeutung und wichtig. Er bedankt sich auch für das vergangene Jahr. Man habe zum Thema Haushalt und auch im weiteren Anschluss immer wieder neue Beschlüsse gefasst. Sein Dank richtet sich ebenfalls an den Stadtrat, welcher im letzten Jahr auch einen der FDP-Fraktion eingebrachten Beschluss folgte, offensichtlich nicht notwendige Zinssicherungskosten einzusparen. Hier habe der Rat nahezu 500 T€ jährlich eingespart. Das hat auch gezeigt, dass mit fundierten Grundlagen mit der Verwaltung neue Wege gegangen werden können. Konkret zum Haushalt: Man habe heute bereits viel gehört, die Kreisumlage müsste höher angesetzt, aber auch gleichzeitig an den Straßen mehr gemacht werden. Aus diesem Grund findet der Vortrag seines Fraktionskollegen, Herrn Tim Schultze, vollumfänglich Zustimmung. Es ist bekannt, dass die Kreisumlage bisher noch nicht beschlossen ist. Durch Herrn Schuster wurde bereits dargestellt, welche Instrumente man als Stadt habe. Gerade die Kreisumlage sei ein Punkt, welchen man beeinflussen könne, zumindest diejenigen, welche im Kreistag Mitglied sind. Bekannt sei, dass er in vielen Bereichen konträrer Meinung zu Herrn Strauß sei. Jeder Sachverhalt ist als Einzelfall betrachten. Die Strategie, den Haushalt betreffend, decke sich auch mit seiner Strategie. Er sei nun mal das letzte verbliebene Kreistagsmitglied, welches auch im Stadtrat

sei, was in der vergangenen Legislaturperiode regelmäßig den Kreishauhalt ablehnte. In der Klausurtagung habe man rechnerisch festgestellt, was er seit fünf Jahren forderte, die Kreisumlage unter 40% festzulegen. Damit überhaupt eine Handlungsfähigkeit da sei, habe er im letzten Jahr im Kreistag gewagt zu sagen, die Kreisumlage auf mindestens 36 % zu senken. Der Kreis muss zum Handeln gezwungen werden. Ein durch die Stadträte beschlossener Haushalt ist dafür das beste Argument. Dadurch wird auch gezeigt, dass der Stadtrat der Meinung ist, genau das kann sich die Stadt leisten. Es muss erkennbar sein, dass bei Forderung der Kostendeckung, durch das Land genau an den fehlenden Finanzen begonnen werden muss. Es müsse ein deutliches Zeichen gesetzt werden. Ein besseres Signal an den Kreis, als diesen Haushalt, an welchem aus seiner Sicht an ein paar Punkten noch nachgebessert werden müsste, gebe es nicht. Dieses Signal würde man sich durch eine 3. Lesung nehmen. Er werbe eindringlich dafür, diesem Haushalt zuzustimmen.

Stellungnahme Herr Windolph, Fraktion CDU

Herr Windolph bedankt sich für die geleistete Arbeit und die aufgebrachte Geduld bei der Vorstellung und Erläuterungen des Haushaltes. Die Fraktion der CDU sehe keinen Erkenntnisgewinn, wenn man noch eine weitere Lesung zum Haushalt anstrebe. Er folge an dieser Stelle den Aussagen von Herrn Oster, dass man einen zustimmungsfähigen Haushalt habe, und diesem werde seine Fraktion zustimmen. Den Vorschlag der Fraktion B.I.S. auf 3. Lesung lehnt er ab.

Antwort Herr Schuster

Herr Schuster verweist bezüglich des Haushaltes auf die Strategien der letzten Jahre. Mit diesen sei man nicht schlecht gefahren. Zu den Äußerungen von Herrn Kotzur merkt er an, dass es früher Vorstellungen des Haushalts in den Ortschaftsräten gegeben hat, diese allerdings seitens der Ortschaftsräte permanent weniger angenommen worden. Im Ergebnis wurde eine gebündelte Veranstaltung im Raum Baunatal der Stadtverwaltung anberaumt. Auch hier seien lediglich 5 Ortschaftsräte der Einladung gefolgt, noch dazu 4 aus einem Ortschaftsrat. Daher sei der Bedarf zur Durchführung einer solchen Veranstaltung für die Verwaltung nicht mehr erkennbar. Sollte nun der Wunsch erneut bestehen, werde man miteinander ins Gespräch kommen. Zum Antrag der Fraktion B.I.S. Bereits im gestrigen Hauptausschuss habe sich gezeigt, dass die Verwaltung mit dem Sperrvermerk bezüglich der Gewinnentnahme gut umgehen könne. An dieser Stelle werbe er nochmals dafür, auf eine 3. Lesung zu verzichten.

Stellungnahme Herr Schmidt, Fraktion SPD/DIE GRÜNEN

Herr Schmidt äußert, dass er heute dem Haushalt zustimmen wird.

Abstimmung über den Antrag 3. Lesung Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2020 und 13. Fortschreibung des Haushaltkonsolidierungskonzeptes (B.I.S-Fraktion)

Ja-Stimmen	=	12
Nein-Stimmen	=	19
Stimmenenthaltungen	=	0

Abstimmung über den Antrag Streichung der Gewinnentnahme aus den Gesellschaften KBS und SWG (DIE LINKE)

Herr Hüttel stellt den Antrag, für jede Gesellschaft getrennt abzustimmen.

Herr Hüttel erinnert, dass es laut Geschäftsordnung für einen Antrag eine Für und eine Gegenrede gebe. Er spreche für den Antrag. Im Gegensatz zur Äußerung der B.I.S. Fraktion (setzen Sperrvermerk), sei die Fraktion DIE LINKE für die Streichung. Sperrvermerke habe man bereits seit drei Jahre angebracht und zum Schluss seien dieser immer wieder aufgehoben worden.

Herr Strauß spricht gegen den Antrag. Es gebe einen wesentlichen Punkt, welcher diesen Antrag von dem der Fraktion B.I.S unterscheide. Der Antrag der B.I.S. Fraktion habe Optionen aufgezeigt und die Möglichkeiten offengelassen, zum Zeitpunkt, wenn genaue Erkenntnisse vorliegen, zu entscheiden.

Abstimmung über den Antrag Streichung der Gewinnentnahme aus der KBS

Ja-Stimmen	= 7
Nein-Stimmen	= 22
Stimmenenthaltungen	= 1

Abstimmung über den Antrag Streichung der Gewinnentnahme aus der SWG

Ja-Stimmen	= 8
Nein-Stimmen	= 21
Stimmenenthaltungen	= 1

Abstimmung über den Antrag Setzen von Sperrvermerken bei der Gewinnentnahme aus den Gesellschaften KBS und SWG (B.I.S-Fraktion)

Ja-Stimmen	= 29
Nein-Stimmen	= 1
Stimmenenthaltungen	= 1

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	= 19
Nein-Stimmen	= 4
Stimmenenthaltungen	= 8

Beschluss- Nr.: -5/19

6.8 13. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen für die Haushaltsjahre 2010 bis 2025

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen	= 5
Nein-Stimmen	= 3
Stimmenenthaltungen	= 1

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen	= 7
Nein-Stimmen	= 0
Stimmenenthaltungen	= 3

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 3
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 4

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

keine Abstimmung

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 6
Nein-Stimmen = 3
Stimmenenthaltungen = 0

Stellungnahme des Schul - und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Spröte, Vorsitzende des Ausschusses

Ja-Stimmen = 5
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 3

Die Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage mehrheitlich zu.

7 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu. (Breitenbach, Grillenberg, Morungen, Obersdorf, Oberröblingen, Riestedt, Wippra)
4 Ortschaftsräte stimmten gegen die Beschlussvorlage. (Gonna, Lengefeld, Wettelrode und Wolfsberg)
1 Ortschaftsrat stimmte nicht über die Beschlussvorlage ab. (Großleinungen,)

Von den Ortschaften Horla und Rotha lagen noch keine Ergebnisse vor.

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 18
Nein-Stimmen = 5
Stimmenenthaltungen = 8

Beschluss- Nr.: 9-5/19

6.9 Satzung über das Wahlverfahren zu den Elternvertretungen für die Kindertageseinrichtungen auf dem Gemeindegebiet der Stadt Sangerhausen

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 9
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Stellungnahme des Schul - und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Spröte, Vorsitzende des Ausschusses

Ja-Stimmen = 8
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 4
Nein-Stimmen = 27
Stimmenenthaltungen = 0

Beschluss- Nr.: 10-5/19

6.11 Abschluss langfristiger Nutzungsverträge mit Vereinen

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 9
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 9
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Stellungnahme des Schul - und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Spröte, Vorsitzende des Ausschusses

Ja-Stimmen = 7
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 27
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 4

Beschluss- Nr.: 11-5/19

19:15 Uhr Herr Nothmann Frau Künzel + Herr Klaube verlassen die Stadtratssitzung

6.13 Bekenntnis des Stadtrates zum IPM

Begründung: Herr Windolph CDU Fraktion

Vor der Sitzung wurde ein Austauschantrag verteilt.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 4
Nein-Stimmen = 4
Stimmenenthaltungen = 1

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 3
Nein-Stimmen = 2
Stimmenenthaltungen = 2

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 4
Nein-Stimmen = 1
Stimmenenthaltungen = 4

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 4
Nein-Stimmen = 2
Stimmenenthaltungen = 3

Änderungsantrag Herr Strauß

Begründung: Herr Strauß

Herr Strauß stellt den Antrag auf 1. Lesung

Stellungnahme Herr Oster, Fraktion BOS/FDP/BV

Herr Oster findet die Frage nach den Kosten sehr interessant. Er stellt fest, dass dies nicht beziffert werden kann. Ohne einen verbindlichen Bebauungsplan wird es von Anfang an nicht funktionieren. Herr Oster ist es leid, gegenüber dem Land der Dokumentationspflicht stetigen Begründung nachzukommen, dass diese Fläche geeignet ist. Er erinnert an die häufige Anzahl von Diskussionsrunden und Demonstrationen zu dieser Thematik. Herr Oster möchte zeitnah wissen, ob das Land endlich bereit ist zu helfen. Vor 10 Jahren wurde die Grundstücksfläche als Vorrangfläche ausgewiesen, warum solle jetzt ein Gutachten durchgeführt werden, mit dem möglichen Ergebnis, dass eine Klage gegen den Umweltschutz nicht zu gewinnen ist. Herr Oster berichtet über die Nötigung seitens der Umweltschutzbehörde, eine Hamsteraufzuchtstation aufzubauen. Er

sieht keinen Sinn in einem erneuten Gutachten. Herr Oster kann dem Antrag der CDU Fraktion nur zustimmen, endlich Taten sprechen zu lassen. Er ist es zudem leid, dass mit dem IPM Wahlkämpfe bestritten und Versprechungen gemacht werden.

Stellungnahme Herr Kotzur, Fraktion DIE LINKE.

Herr Kotzur befürwortet den IPM und die Studie. Er gibt Herrn Oster Recht, dass bereits seit 10 Jahren Gespräche laufen und ein B-Plan vorhanden ist, der auf Empfehlung des damaligen Oberbürgermeisters (Herrn Poschmann) und des damaligen Bauamtsleiters (Herrn Schweiger), nicht in Kraft gesetzt wurde, um bestimmte Dinge, die zur Klage hätten führen können, im Vorfeld zu bereinigen. Herr Kotzur bezweifelt, dass bei Veröffentlichung des alten B-Planes, ein reibungsloses Verfahren möglich ist. Er möchte die Studie durchführen lassen und endlich gesagt bekommen, ob der IPM möglich ist oder nicht. Wenn es möglich ist, auch wenn nicht an dem jetzige Standort, soll das Land in Verantwortung genommen werden. Im Nachhinein kann der B-Plan immer noch überarbeitet werden.

Stellungnahme Herr Gehlmann, Fraktion AfD

Herr Gehlmann spricht über das erfolglos verlaufene Jahrzehnt, über welches der IPM behandelt wurde. Es seien nur Steuergelder verschwendet wurden und solange die Hamsterpopulation vorliegt, werden Umweltverbände klagen. Seiner Meinung nach ist das Gebiet IMP nicht zu bebauen. Er kann sich nicht zu diesem Gebiet und zu keiner Machbarkeitsstudie bekennen. Auch der Austauschvorlage von Herrn Strauß kann er nicht zustimmen, da der IPM auch wieder mit Priorität behandelt werden soll. Er schlägt einen Neustart an einem anderen Standort vor. Weiterhin stimmt er einer 1. Lesung zu. Zudem sieht er keine Unterstützungsbereitschaft seitens des Landes.

Stellungnahme Herr Peche, Fraktion B.I.S.

Herr Peche lobt eingangs die Sachlichkeit der Diskussionen in der heutigen Stadtratssitzung. Herr Peche sieht als einzige Chance die Machbarkeitsstudie und perspektivisch zu sehen, was in der Stadt Sangerhausen möglich ist. Er berichtet, dass die Fläche des IPM im Landesentwicklungsprogramm steht und diese auch noch nicht ausgetragen wurde. Er spricht über die Vorzüge der Studie für das Stadtgebiet Sangerhausen. Herr Peche berichtet von dem Treffen mit dem Ministerpräsidenten des Landes-Sachsen-Anhalt und wie wichtig diese Bestätigung durch die Machbarkeitsstudie auch für den Ministerpräsidenten ist. Er ruft den Stadtrat auf, der Vorlage bzw. der 1. Lesung zuzustimmen.

Stellungnahme Herr Windolph, Fraktion CDU

Herr Windolph möchte nochmal betonen, dass heute nur das Bekenntnis bestätigt wird und in der nächsten Ratssitzung der tatsächliche Beschluss vorliegen wird. Er kann sich weiterhin mit dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zur 1. Lesung anfreunden.

Der Einbringer übernimmt den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters.

Stellungnahme Herr Strauß

Mit Übernahme des Austauschantrages nimmt Herr Strauß seinen Antrag auf 1. Lesung zurück.

Abstimmung über die Austauschvorlage

Ja-Stimmen = 21
Nein-Stimmen = 5
Stimmenenthaltungen = 2

Beschluss- Nr.: 12-5/19

20:00 Uhr Herr Schachtel geht

4.2.14 Beteiligung der Stadt Sangerhausen an der Aktion „Wir jagen Funklöcher" der Deutschen Telekom *(TOP 6.14 d. RS)*

Vor der Sitzung wurde Tischvorlage verteilt.

Begründung: Herr Windolph CDU Fraktion

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Ja-Stimmen = 9
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Anfrage von Herr Gehlmann, Fraktion AfD

Herr Gehlmann kann prinzipiell dieser Maßnahme seine Zustimmung geben. Er fragt, ob dieses Programm der Deutschen Telekom eine Fortführung des damaligen Programms der CDU-Faktion im Landtag Sachsen-Anhalts oder eine Eigenentwicklung der CDU-Fraktion des Stadtrates Sangerhausen ist.

Antwort Herr Windolph, Fraktion CDU

Herr Windolph antwortet, dass es sich bei diesem Programm um ein bundesweit aufgelegtes Programm der Deutschen Telekom handelt. Herr Windoplph führt fort, dass seine Fraktion diese Thematik in den Stadtrat bringt, da Herr Dobert und Herr Hüttel zusammen das W-LAN-Netz in Sangerhausen aufgebaut haben und sich intensiv mit den Programmen der Anbieter auseinandergesetzt haben. Sie haben seine Faktion darauf aufmerksam gemacht, dass solch ein Programm ausgelobt wurde. Herr Windolph erklärt, dass mit Vorliegen des Beschlusses, der Antrag für dieses Programm gestellt werden kann. Ob es dann zum Zuschlag seitens der Deutschen Telekom kommt, ist noch nicht abzusehen. Einen Versuch ist es aber wert.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 27
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Beschluss- Nr.: 13-5/19

7. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung

Information Herr Strauß

Herr Strauß informiert, dass die gewünschten Aufkleber von der Rosenstadt GmbH für Briefkuverte nunmehr vorhanden sind und diese zum Ende der Ratssitzung mitgenommen werden können. Der Druck der Autoaufkleber steht noch aus.

7.1 Beteiligungsbericht auf der Grundlage der Jahresabschlüsse 2018 der kommunalen Unternehmen

20:15 Uhr Herr Klaube geht

9. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Um 20:35 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende *Herr Skrypek*
die Sitzung und bedankt sich für das zahlreiche Erscheinen der Stadträte/-innen.

gez. Christian Lippert
Protokollführer

gez. Andreas Skrypek
Vorsitzender